

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Steffen Kotré, Hansjörg Müller, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/27206 –

Aufbruch für Deutschland – Beendigung der vom Staat zu verantwortenden Corona-Krise und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Bruno Hollnagel, Steffen Kotré, Albrecht Glaser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/26895 –

Aufbruch für Deutschland – Raus aus der Wirtschafts- und Lockdown-Krise

A. Problem

Zu Buchstabe a

Aufforderung an die Bundesregierung, die Wirtschafts- und Gewerbeeinschränkungen des aktuellen Lockdowns sofort aufzuheben und zu einer weitgehenden ökonomischen Normalität zurückzukehren. Schutzmaßnahmen sollten auf Risikogruppen abzielen, ein Austausch mit den vom Lockdown betroffenen Branchen stattfinden und die Umsetzung von bereits erstellten Hygienekonzepten unterstützt werden.

Zu Buchstabe b

Aufforderung an die Bundesregierung, Verlustquellen zu schließen und hierzu unter anderem Zahlungen an die EU zu kürzen, Maßnahmen in Bezug auf die Energiewende auszusetzen sowie die Migration Nichtbleibeberechtigter zu unterbinden. Deutschland müsse aus der Wirtschafts- und Lockdown-Krise geführt werden.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27206 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26895 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/27206 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/26895 abzulehnen.

Berlin, den 19. April 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Reinhard Houben
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Reinhard Houben

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/27206** wurde in der 215. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. März 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Gesundheit und an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/26895** wurde in der 215. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. März 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die antragstellende Fraktion der AfD konstatiert, dass die pauschal angelegte Lockdown-Politik der Bundesregierung freiheitsfeindlich, wirtschaftsschädlich und medizinisch nicht zielführend für einen dauerhaften Umgang mit einem mutationsfähigen viralen Erreger mit geringer Letalität sei. Die Lockdown-Maßnahmen seien zudem unverhältnismäßig und schädigten vor allem erheblich die mittelständische Wirtschaft.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. den Schwerpunkt der Schutzmaßnahmen zielgerichtet auf die tatsächlichen Risikogruppen zu legen,
2. die Wirtschafts- und Gewerbebeschränkungen des aktuellen „Lockdowns“ sofort aufzuheben und zu einer weitgehenden ökonomischen Normalität zurückzukehren,
3. unverzüglich die pauschale Schließung der Kulturinstitutionen aufzuheben, um ihren freien Betrieb unter Einhaltung der Hygienevorschriften wieder zu ermöglichen,
4. sich mit den vom „Lockdown“ betroffenen Branchen sowie deren Interessenvertretern direkt und permanent auszutauschen und die Umsetzung der bereits erstellten Hygienekonzepte sowie weiterer ausgearbeiteter Schutzmaßnahmen für ganz Deutschland zu unterstützen,
5. eine monatliche Prüfung samt Bundestagsaussprache zur Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der nach Umsetzung dieser Forderungen noch verbleibenden Corona-Schutzmaßnahmen mit ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen durchzuführen und den Bundestag monatlich über die Aufhebung der sogenannten „epidemischen Notlage von nationaler Tragweite“ entscheiden zu lassen.

Zu Buchstabe b

Die den Antrag stellende Fraktion der AfD fordert im Wesentlichen, Verlustquellen zu schließen und hierzu die Beiträge an Brüssel auf das Niveau von 2019 zu kürzen und zu deckeln, ebenso keine deutschen Beiträge oder Haftungen zum europäischen Aufbauinstrument „NextGenerationEU“ zu akzeptieren wie auch alle Maßnahmen in Bezug auf die Energiewende und Klimarettung auszusetzen. Zudem sollte die Migration Nichtbleibberechtigter unterbunden werden. Insgesamt müsse die Wirtschaftskraft gestärkt werden, indem die einschränkenden Lockdown-Maßnahmen unter der Maßgabe der Einhaltung von Hygienekonzepten und unter Beachtung des besonderen Schutzbedürfnisses von Risikogruppen sofort aufgehoben werden. Zudem müssten zugesagte Corona-Hilfen geleistet, die Fachkräfteabwanderung gestoppt werden und Steuern nachhaltig gesenkt werden.

Die Antragsteller begründen ihren Antrag unter anderem damit, dass Deutschland künftig an die EU höhere Netto-Leistungen erbringen solle, obwohl andere EU-Länder ein höheres Medianvermögen hätten. Auch habe Deutschland bei der Energiewende erhebliche Vorleistungen erbracht, die die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger stark belasteten. Es sollten nun andere Staaten nachziehen. Migranten ohne Bleiberecht sollten ohne Verletzung

internationaler Vereinbarungen und unter Beachtung von Artikel 16a des Grundgesetzes zurückgeführt werden, um freiwerdende Mittel für die Entlastung der Bürger und Unternehmen einsetzen zu können. Die bisherigen Lockdown-Maßnahmen schädigten insbesondere die mittelständische Wirtschaft und erzeugten unfaire Wettbewerbsbedingungen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/27206 in seiner 143. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/27206 in seiner 134. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/27206 in seiner 157. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 19/27206 in seiner 77. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/26895 in seiner 134. Sitzung am 21. April 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf Drucksachen 19/27206, 19/26895 in seiner 114. Sitzung am 19. April 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27206 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26895 zu empfehlen.

Berlin, den 19. April 2021

Reinhard Houben
Berichtersteller

